



## Nofretete soll nach Hause

Kunstraub in der Kaiserzeit? Ägypten fordert von Berlin die Büste seiner legendären Königin zurück.

KULTUR SEITE 17

## Familie in Nöten

Tagesmütter sind in Deutschland Mangelware. Wie Eltern verzweifelt nach Betreuungsplätzen suchen.

POLITIK SEITE 3

## Öl-Diebe

Korrupte Herrscher im Irak und in Nigeria stehlen dem eigenen Volk das Benzin.

POLITIK, REPORT SEITEN 5, 32

## Welttag des Buches

Klassische Bibliotheken sind tot. Zukunft haben sie allein als Zentren der Kultur.

BILDUNG, KULTUR SEITEN 10, 20

## Globalisierung

Warum die Deutschen am meisten profitieren, beschreibt Norbert Walter.

WIRTSCHAFT SEITE 11

## Hightech in der Landwirtschaft

Immer mehr Äcker werden mit Navigationshilfe aus dem All bewirtschaftet.

WISSENSCHAFT SEITE 16

## Peenemünde

Gruppenbild mit V2: Auf der Insel Usedom erinnert ein riesiges Industriedenkmal an die Geschichte der deutschen Raketenforschung.

KULTUR SEITE 19

## Wer ist Jesus?

Hat er Wunder getan, ist er leibhaftig auferstanden? Das neue Buch des Papstes trifft mitten in eine große Kontroverse.

CHRIST UND WELT SEITEN 23, 24

## Rebellion hinter alten Mauern

Das mexikanische Oaxaca zieht Künstler und Kreative aus der ganzen Welt an.

REISE SEITE 27



FOTOS: DPA; HEATON/SCHAPLOW; ILLUSTRATION: WWW.ARIEFKSOY.CH



## Der französische Patient

Marianne hängt am Tropf, ihr Land ist zerrissen. Trotzdem ist der Fall nicht hoffnungslos. Eine Visite zur Präsidentenwahl.

SEITEN 7-9

# Schäubles Orakel

**INNERE SICHERHEIT** Die Überwachungspläne des Bundesinnenministers gehen zu weit. Sie unterminieren das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat

Von Markus Fels

Es ist nicht bekannt, ob Wolfgang Schäuble ein Fan von Steven Spielberg ist. Der Eindruck, dass der Bundesinnenminister zumindest einen Film des US-Regisseurs aufmerksam rezipiert haben muss, drängt sich zurzeit jedoch auf. Es gibt Parallelen zwischen Schäubles Plänen zur inneren Sicherheit und Spielbergs Science-Fiction-Streifen „Minority Report“: Mitte des 21. Jahrhunderts wird in New York ein neues Verfahren zur Verbrechensbekämpfung getestet. Die Polizei bedient sich dreier menschlicher Medien, die in der Lage sind, bevorstehende Morde sowie deren Umstände und Tatorte vorherzusehen. Durch ihre Vorhersagen kann die Polizei die künftigen Verbrechen schon vor Ausführung der Tat festnehmen.

Eine verlockende Vorstellung. Setzt man Schäubles Vorschläge zur inneren Sicherheit zu einem Bild zusammen, wird klar, dass auch dem Bundesinnenminister eine neue Form von präventiver Verbrechensbekämpfung vorschwebt. Wo Spielbergs Zukunftsvision auf antike Vorstellungen von einem Orakel zurückgreifen muss, ist der Bundesinnenminister allerdings ganz auf der Höhe des heute technisch Machbaren. Die Funktion der drei Medien sollen Rasterfahndung, Biometrie und Online-Durchsuchungen übernehmen – eine Art technisches Orakel.

**Präventiv tätig werden kann inzwischen auch das BKA.** Diese neue Möglichkeit, ein Resultat der Föderalismusreform, muss nun praktisch mit Leben gefüllt werden. Eine zentrale Anti-Terror-Dateteil gibt es bereits. Durch eine Änderung des Passgesetzes soll die Polizei nun auch Zugriff auf die digitalen Passfotos und die künftig abgespeicherten Fingerabdrücke erhalten. Sie sollen nach Schäubles Willen bei den Meldeämtern gespeichert werden – anders als von der Bundesregierung ursprünglich

geplant. Eigentlich sollten sie nur auf dem Pass selbst abgelegt werden. Befürworter von Schäubles Vorstoß mögen Kritik daran mit dem Hinweis zurückweisen, die Speicherung bei den Meldeämtern sei etwas anderes als jene Zentraldatei, die der Gesetzesentwurf ausdrücklich ausschließt. Aber im Zeitalter der Informationsnetze können Daten auch dann überall verfügbar gemacht werden, wenn sie nicht an einem Ort gespeichert sind.

**Wenig überzeugend sind auch Schäubles Beschwichtigungen,** die Übermittlung von Passbildern sei bereits jetzt möglich, nur geschehe dies bislang per Fax, künftig eben elektronisch. Doch dieser Unterschied ist nicht bloß graduell, sondern qualitativer Natur. In seinem Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht schon 1983 darauf hingewiesen, dass die Informationstechnik völlig neue Verarbeitungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten schafft. Was die Karlsruher Richter ebenfalls betonten: Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist eine Gesellschaftsordnung nicht vereinbar, in der die Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.

Das ist längst der Fall: In- und ausländische Behörden spionieren E-Mails und SMS-Mitteilungen aus, überwachen Konten, hören Telefone ab, haben Kameras auf Erden und am Himmel installiert, registrieren Mautdaten und Fahrstrecken bald auch zu Fahndungszwecken, speichern Gendateien, legen Profile aus allerlei Veröffentlichungen an, fügen angewählte Internetadressen und Online-Bestellungen zu Persönlichkeitsbildern zusammen.

Das Vertrauen des Bürgers, Souverän seiner ureigenen Informationen zu sein, ist also längst dahin: Sammelbare Daten wecken Begehrlichkeiten, das haben wir gelernt. Und so ist es nur eine Frage der Zeit, bis es irgendeine Partei für dringlich empfindet, biome-

trische Daten künftig zur automatisierten Gesichtserkennung zu nutzen – Schäubles Erbe is watching you.

Eine gängige Formel zur Rechtfertigung von Überwachungsmaßnahmen lautet: Wer kein schlechtes Gewissen hat, muss auch nichts verbergen. Eine befriedigende Antwort auf die entscheidende Frage ist das freilich nicht: Was ist ein höheres Gut – der Schutz vor möglichen Terroranschlägen oder die Freiheit der Bürger und ihre informationelle Selbstbestimmung? Wo die rote Linie für staatliche Eingriffe liegt, muss im Zeitalter des Terrorismus einerseits und des rasanten Fortschritts technischer Überwachungsmöglichkeiten andererseits immer wieder neu ausgehandelt werden. Fest steht: Es gibt keine Freiheit ohne Risiko. Ein Staat, der das Risiko minimieren will, muss auch die Freiheit einschränken, er muss alles über seine Untertanen wissen. So verkehren sich dann die Verhältnisse: Nicht mehr die Bürger bilden den Souverän, dem sich die Regierung unterwirft, vielmehr unterwirft der Staat seine Bürger. Das hatten wir schon und möchten es nicht wieder.

**Auch hochgerüstete Sicherheitsorgane verhindern Terror nicht.** Ihr ganzes kriminalistisch-mechanistisches Spürsinn macht sie sogar partiell blind für einfache Beobachtungen aus der Bevölkerung. Niemand ging vor dem 11. September 2001 den Hinweisen eines Fluglehrers der späteren Terrorpiloten nach. Er hatte sich an die Polizei gewandt, weil er sich wunderte, dass seine Schüler nur Starts üben wollten.

Wahr ist: Wer in einem Überwachungsstaat nicht leben will, muss zu mehr Eigenverantwortung und Zivilcourage für seine Sicherheit und die anderer bereit sein. Und er muss die vergleichsweise höheren Risiken akzeptieren als den Preis, der für eine umfangreiche aktive Freiheit und die passive Freiheit der informationellen Selbstbestimmung zu zahlen ist.

# Deine Geschichte, meine Geschichte

**OETTINGER ÜBER FILBINGER** Im politischen Kalkül kommt es auf historische Genauigkeit nicht an

Von Christiane Florin

Für eine kurze Zeit war alles ruhig an der Erinnerungsfestung. Der Fall Hohmann war fast vergessen, die Schlacht um Grass geschlagen. Vom Ohrensessel aus blickte die Nation auf das brennende Dresden und die flüchtende Maria Furtwängler. Die Deutschen, so sah es aus, durften sich gut 60 Jahre nach Kriegsende mit Recht als Opfer fühlen. Das Thema, das einst „die Rechten“ besetzt hatten, avancierte zum Stoff öffentlich-rechtlicher Massenunterhaltung. Ironie der Geschichte: Der linke Mahner, der bei den Schwarzen das Schwarzbraune vermutete, hatte eigene braune Flecken berechtigt beschwiegen. Gute Zeiten, schlechte Zeiten, gute Deutsche, schlechte Opfer, linke Täter, alles schien möglich. So sah er aus, der postmoderne Diskurs über die Nazi-Vergangenheit.

In diesem gefühlten geistigen Klima fällt es kaum auf, wenn ein Verstrickter mal eben zum Gegner des NS-Regimes umfunktioniert wird, mag Günther Oettinger lässig gedacht haben. Zumal diejenigen in der CDU, die an familiärem Terrain verloren haben, mit historischem Boden entschädigt werden könnten.

Oettingers Fauxpas verrät nicht nur viel über das politische Kalkül im Südstaaten. Er beweist vor allem, dass öffentliches Reden über das „Dritte

Reich“ noch immer dazu dient, alte Rechnungen zu begleichen. Auf exakte Zahlen kommt es dabei nicht an. Der Historiker sollte laut Leopold von Ranke nachweisen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Historisierende Politiker sind zufrieden, wenn das Ergebnis passt.

Richtig oder falsch? Ganz egal. In der jahrzehntlang eingeübten Diskussion über die NS-Vergangenheit war stets entscheidend, ob die Richtigen oder die Falschen beim Thema Schuld auf die Bühne gingen. Schon 1978, in der ersten Auseinandersetzung um Filbinger, hatte sich die Debatte von den Fakten emanzipiert. Es interessierte kaum, ob der Jurist während des Zweiten Weltkrieges an drei oder 240 Todesurteilen beteiligt war; was zählte, war die Hoheit über die Geschichte. Die 68er, die Väter auf Täter reimten, machten sie den Konservativen mit Erfolg streitig. Viele, die ihre politische Heimat unter

kaum auf, wenn ein Verstrickter mal eben zum Gegner des NS-Regimes umfunktioniert wird, mag Günther Oettinger lässig gedacht haben. Zumal diejenigen in der CDU, die an familiärem Terrain verloren haben, mit historischem Boden entschädigt werden könnten.

Oettingers Fauxpas verrät nicht nur viel über das politische Kalkül im Südstaaten. Er beweist vor allem, dass öffentliches Reden über das „Dritte Reich“ noch immer dazu dient, alte Rechnungen zu begleichen. Auf exakte Zahlen kommt es dabei nicht an. Der Historiker sollte laut Leopold von Ranke nachweisen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Historisierende Politiker sind zufrieden, wenn das Ergebnis passt.

Oettingers Trauerarbeit ist missglückt. Was gestern recht war, kann heute recht billig sein. **SIEHE SEITE 4**

**Gute Zeiten, schlechte Zeiten, gute Deutsche, schlechte Deutsche, rechte Opfer, linke Täter, alles geht.**

## GLOSSE

### Gesetze, die das Klima killen

Nach dem Willen der Grünen sollen künftig alle Gesetze mit einem „Klimacheck“ überprüft werden, um ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz in den Griff zu bekommen. Angesichts der alarmierenden Berichte über den Klimawandel verlangt die Öko-Partei sogar einen speziellen Ausschuss des Bundeskabinetts für Klimapolitik. Otto Normalstaatsbürger begrüßt diese Initiative mit lang anhaltendem Beifall. Denn er war sich schon immer sicher, dass die Erderwärmung nicht durch sein Auto, sondern durch die hochtourige Gesetzesmaschine hervorgerufen wird.

So ist am viel zu heißen April garantiert die überhitzte Debatte um Schäubles Überwachungsgesetze schuld. Politiker, die wutschnaubend aufeinander losgehen, stoßen nun einmal im Übermaß schädliche Treibhausgase aus. Gäbe es nicht den Streit über das Mindestlohngesetz, würden die Gletscher das Abschmelzen vermutlich einstellen. Die hochroten Köpfe der Klimakiller produzieren Temperaturen, die unser aller Zukunft gefährden. Wahrscheinlich hat Ulla Schmidt das Ozonloch mit ihren Gesetzen zur Gesundheitsreform enorm vergrößert. **Von Wolf Schön**

## ATTRAKTIVE LIGA-PAX-UNION-FONDS

### VERANTWORTUNG ALS STRATEGIE

Unsere LIGA-Pax-Union-Fonds sind diese Anlagemöglichkeit und investieren zum Teil mehrfach international aus- diese Anlagenmöglichkeit und investieren gezeichnet. Zahlreiche Kunden nutzen diese Anlagenmöglichkeit und investieren damit in echte Werte. Sie haben Interesse? Dann rufen Sie uns an!



www.diekatholischenbanken.de · Tel. 0800/5 44 27 29 · 97062 Würzburg

Nähere Informationen und den Verkaufsprospekt sowie den vereinigten Verkaufsprospekt erhalten Sie in allen Filialen der LIGA Bank eG und der Pax-Bank eG sowie bei Union Investment Service Bank AG, Wiesenbühlplatz 10, 60329 Frankfurt. Weitere Informationen zu den Auszeichnungen der Fonds erhalten Sie unter www.pax-bank.de.

www.merkur.de  
Verlag Rheinischer Merkur  
Heinrich-Brüning-Straße 9 · 53113 Bonn  
Telefon 0228/884-0

Preise (Ausland)  
A 3,50 € · B 3,50 € · F 4,30 € · E 4,30 €  
14,30 € · P (Cont.) 4,30 €



16